

Deutsche und Europäische Energiestrategie

Energiepolitische Ziele:

- EnWG alt: Energieversorgung so sicher und billig wie möglich (Präambel)
- EnWG 24.4.98: Versorgung möglichst sicher, preisgünstig und umweltverträglich (§1)

Nachhaltiges, umweltverträgliches Energiesystem (REN/REG)

- Rationelle, sparsame Energien**utzung** (**REN**)
- Energie**versorgung**
 - rationelle Umwandlung
 - Einsatz erneuerbarer Energien (**REG**)

EU Grünbuch KOM(2000)769, 11/2000, Grundsätze:

„Die beträchtlichen Anstrengungen, die zur **Förderung erneuerbarer Energien** unternommen werden müssen, (werden) wegen der wachsenden Nachfrage dennoch **nicht ausreichen**. Eine energiepolitische Strategie, die den Kyoto- Verpflichtungen Rechnung tragen und die Versorgungssicherheit gewährleisten soll, muss daher **auf die Kanalisierung der Nachfrage ausgerichtet** sein. (S.12)

Die Union muss durch eindeutige Maßnahmen zugunsten einer **nachfrageorientierten Politik** ein Gegengewicht zur angebotsorientierten Politik schaffen (S.4)

EU zu REG:

- Weißbuch 11/97 und Richtlinie für Erneuerbare Energien: Verdoppelung Anteil REG am Energieverbrauch von 6% auf 12% bis 2010; Anteil REG am Stromverbrauch 23,5% bis 2010 durch Internalisierung externer Kosten und Förderung

EU zu REN:

- Kommissionsvorschlag KOM (97) 514, 10/97 für Strategie zur Förderung der **Kraft-Wärme-Kopplung** und zum Abbau von Behinderungen ihrer Entwicklung. Ziel: Verdoppelung KWK-Anteil an Stromerzeugung von 9% auf 18% bis 2010

- Kommissionsvorschlag KOM (2001) 226, 5/01 für Richtlinie über das **Energieprofil von Gebäuden** (geht insbesondere bei Kennzeichnung Energiebedarf weiter als EnEV)

Energiepolitik der rot-grünen Koalition (außer Atomenergie)

- Einführung Ökosteuer, Signal zur Aktivierung REG/REN-Potenziale (kein Alleingang, Ökosteuern auch in anderen EU-Ländern, höhere Treibstoffsteuern GB, NL, DK, Gr)
- Förderung **REG**: Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), Marktanzreiz- und 100.000 Dächer-Programm, **sehr positiv** für REG-Ausbau, aber
- jetzt konterkariert durch Kürzung Marktanzreizprogramm.
- Reg-Förderung prekär wg. Frontstellung Fraktionen/BMWi.

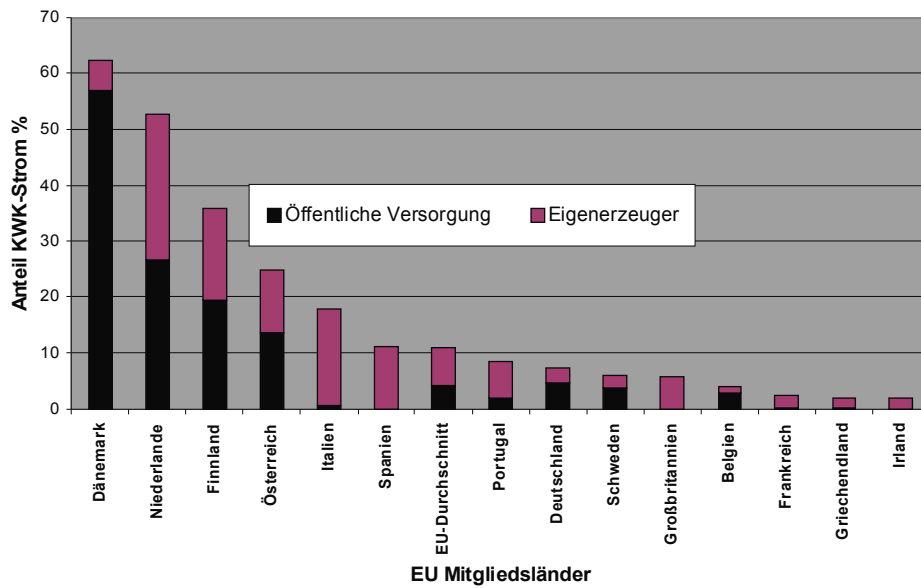
Maßnahmen zur Durchsetzung **REN** dagegen sehr defizitär; Resultate in den maßgeblichen Energieverbrauchs-Sektoren:

- Verkehr: bisher keine wesentlichen Maßnahmen
- Gebäude: EnergieeinsparVO (EnEV), geplant schon für letzte Legislaturperiode, massiv verzögert wg. Stromlobby, jetzt erst Verabschiedung einer unbefriedigenden EnEV:
 - Primärenergiebezug verwässert durch Stromlobby,
 - Ziel 30% Reduktion Energieverbrauch von Neubauten weit unterschritten,
 - kaum Wirkungen im Gebäudebestand (Nachrüstung, Energiepass).
- Kraft-Wärme-Kopplung (KWK): Kabinetts- und Fraktionsbeschlüsse zum KWK-Ausbau – mittelfristig bedeutendstes Einspar- und Klimaschutzpotentials – gekippt durch BMWi-gestützte Intervention der vier großen Stromversorger. Resultat: Starre Förderung (Bonus) statt marktkonformer Quote, beschränkt auf existierende KWK-Anlagen der EVU. Praktisch Ausschluss industrieller/sonstiger Eigenerzeuger, kein KWK-Zubau, hauptsächlich Sterbehilfe für kommunale KWK, begrenzte Modernisierung.

Zur Chronologie der KWK-Debatte

- 10/97 – Vorschlag **EU Kommission** KOM(97)514: EU-weit
Verdoppelung Anteil KWK-Stromerzeugung von 9% auf 18%
bis 2010. (Anteil in Deutschland etwa EU-Durchschnitt).
„Gemeinschaftsstrategie zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung und zum
Abbau von Hindernissen, die ihrer Entwicklung im Wege stehen“.
- 11/97 – Beschluss der **Bundesregierung** zum Klimaschutzprogramm:
Verstärkte Nutzung der industriellen und kommunalen Kraft-
Wärme-Kopplung ergibt **30-60 Mio t CO₂-Reduktion bis 2005**
Zustimmung zum 4. Bericht IMA CO₂-Reduktion
- 10/98 – **Koalitionsvereinbarung** rot/grün: „**Hemmnisse** beseitigen,
die... breiteren Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung behindern.“
- 11/99 – Kanzleramtsrunde: "**Bis Mitte 2000 gesetzlichen Regelung:**
Anteil der Stromerzeugung an der KWK sichern und innerhalb
des nächsten Jahrzehnts KWK-Ansätze verdoppeln „**wenn sich
die KWK** gemäß dem deutschen Klimaschutzziel der Energie als
die geeignetste Technologie erweist".
- 2/00 – Entwurf KWK-Vorschaltgesetz 2/2000, §7(3)
Bundesregierung wird bis Jahresende KWK-Ausbaugesetz
erarbeiten. Ziel: Bis **2010 Verdopplung des KWK-Anteils** an der
Stromproduktion durch Einführung einer progressiven markt-
konformen Quote oder gleichermaßen wirksamer Instrumente.
- 7/00 – Beschluss Bundesregierung zum Klimaschutzprogramm:
Bis Ende 2000 wird die Bundesregierung **Eckpunkte für eine
Quotenregelung** zum KWK-Ausbau vorlegen Gesetzgebung bis
spätestens Mitte 2001 abgeschlossen“.
Ziel: CO₂-Minderung 10 Mio. t bis 2005 bzw. **23 Mio. t bis 2010**.
- 1/01 Minister Müller legte Eckpunkte nicht vor, sondern begrüßt
Aktionsprogramm Klimaschutz der Verbund-EVU
- 3/01 Entscheidung BMWi/BMU: keine Quote, sondern Bonus
- 5/01 Angebot der Verbände für Regierungsvereinbarung
- 6/01 Eckpunktepapier des BMWi
- 7/01 Gesetzentwurf BMWi
- 8/01 Regierung beschließt Gesetzentwurf für KWK-Gesetz

Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der gesamten Stromerzeugung in der EU 1998
 Quelle: eurostat, CHP in the EU, Februar 2001



Fazit: Impulse für nachhaltige Energiepolitik aus den Regierungsfractionen werden konterkariert durch die BMWi-Strategie, die einseitig Interessen der großen Energieunternehmen vertritt.